

Ergebnisprotokoll

27. Tagung der Vernetzungskonferenz (VNK) der *aufstehen*-Ortsgruppen und -Aktiven am 30.04.2023 (als Videokonferenz), 16.00 – 17.45 Uhr

Anwesend: 25 Personen (Liste kann beim Gastgeber eingesehen werden)

Gastgeber: Peter S.

Moderation: Dieter K., Co-Moderation Andreas B.-W.

Protokoll: Uta S., Marion N.

TOP 1: Eröffnung, Begrüßung, Transparenz und Formalien

Das Protokoll der letzten VNK wurde genehmigt

Der Videoaufzeichnung der 27. Tagung wird zugestimmt.

Der nächste Termin für die Vernetzungskonferenz ist am **11. Juni 2023**.

Aufgrund des Gesprächs zwischen dem Vorstand des Trägervereins (TV) und dem Orgateam am 07.01.2023 wird die Tagesordnung geändert und der Bericht über das Gespräch mit anschließender Diskussion auf Top 2 gesetzt.

TOP 2: Vortrag von Gotthard Krupp. Thema „Der Krieg in der Ukraine und die sozialen Folgen für Deutschland. Die Diskussion dieser Fragen in den Gewerkschaften.“

Der Vortrag kann in voller Länge unter dem Link (wird noch bekannt gegeben) angehört werden. Insofern werden nachstehend nur die wesentlichsten Elemente in Kürze wiedergegeben.

- Die Ausgaben für das Militär soll jährlich erhöht werden auf 2 % des BIP
- Das Sondervermögen in Höhe von € 100 Mrd. ist eine Schuldenaufnahme
- Rheinmetall wird in der Ukraine eine Panzerfabrik bauen, die die Bundesrepublik finanziert.
- Die produktive Industriewirtschaft wird mehr und mehr in eine Kriegswirtschaft umgewandelt. Damit nimmt der Staat Einfluss auf das, was produziert wird.
- Bedingt durch die Sanktionen wird ein Handelskrieg geführt. Die USA stellen deshalb rd. 450 Mrd. an Subventionen zur Verfügung und Deutschland rd. 350 Mrd.
- Die Subventionen müssen vom Volk finanziert werden. Somit kommt es zum sozialen Krieg, da die bislang existierenden sozialstaatlichen Errungenschaften in Frage gestellt werden.
- Der Reallohnverlust in den letzten zwei Jahren liegt zwischen 4 und 5 Prozent.
- Die Bundesregierung hat in 2022 bei den Tarifverhandlungen Einmalzahlungen in Höhe von € 3.000,00 steuerfrei vorgeschlagen, um die Tarifverhandlungen und –verträge zu beenden. Die IG BCE nahm damals diesen Vorschlag an und setzte die Tarifverhandlungen aus. Das war eine direkte staatliche Einflussnahme auf Tarifverhandlungen, die man letztendlich mit einer Einmalzahlung abschaffen bzw. ersetzen wollte. Die IG Metall und Verdi und andere haben sich nicht auf Einmalzahlungen ohne Tarifverhandlungen eingelassen, sondern haben die Einmalzahlung in ihre Rechnung mit aufgenommen. Die Tarifabschlüsse sind jedoch unter den Forderungen der Gewerkschaften geblieben. Dadurch hat kein Inflationsausgleich stattgefunden, sondern ein Reallohnverlust.
- Die Einmalzahlungen sind deshalb so gefährlich, weil sie den schleichenden Reallohnverlust auf lange Zeit festschreiben und weil die Flächentarifverträge damit ausgehöhlt werden.
- Es droht ein sozialer Krieg, der sich auf immer mehr Bereiche der öffentlichen Daseinsfürsorge erstreckt.
- Es kann nur eins von beiden geben, Sozialstaat oder Rüstungsstaat.

- Der Sozialabbau ist mit dem Ukrainekrieg untrennbar verbunden.
- Die Friedensbewegung versteht die soziale Frage nur bedingt und die Gewerkschaften verstehen die Friedensbewegung auch nur bedingt. Unsere Aufgabe ist daher, eine Verbindung herzustellen.
- Parteien sind organisierte Interessenvertretungen. Wo ist die Partei, die die Interessen der Arbeitnehmer vertritt?

TOP 3: Diskussion

Zur Diskussion sprechen 12 Teilnehmer.

Der Vortrag erntet viel Lob, auch weil er sich auf einige wesentliche soziale Aspekte konzentriert hat: Kritik an den Einmalzahlungen, Kriegsausgaben, staatliche Lohnfestsetzungen. In der Kriegswirtschaft des 3. Reiches gab es vergleichbare staatliche Eingriffe. Daran erkennt man, dass heute eine Umwandlung zur Kriegswirtschaft im Gange ist.

Festgestellt wurde, dass Russland Deutschland nicht angegriffen hat. Befürchtet wird, dass Deutschland sich; wie schon in der Vergangenheit; übernimmt. Hierbei wurde eine Parallele zur Inflation kurz nach Kriegsbeginn 1914 und zu heute gezogen sowie der aufflammende Faschismus in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts.

Die Demokratie ist schon länger brüchig und es wird immer offensichtlicher. Die Regierung macht nicht, was die Bevölkerung will, wodurch Misstrauen erzeugt wird. In einer Demokratie müssen Widersprüche erlaubt sein und es darf nicht nur eine Meinung zulässig sein. Doch momentan wird nur eine Meinung zum Krieg zugelassen. Die Parteien im weiteren Sinne beharren darauf, dass sie die einzig richtige Interpretation haben. Damit werden die demokratischen Gepflogenheiten untergraben.

Hinzu kommt, dass es mittlerweile einen Klassismus gibt. Die Leute werden in Klassen eingeteilt, in dem man einigen dies und anderen das zutraut und sie danach bewertet. Die Sozialleistungen werden dementsprechend auch verteilt. Offensichtlich wird das an den Schulen. Wenn Lehrer Empfehlungen zum Gymnasium verteilen, werden Kinder von Besserverdienenden und Studierenden bei gleichen Leistungen drei- bis viermal leichter eine Gymnasialempfehlung erhalten, als Kinder von Arbeitern. Es gibt noch weitere Beispiele, aus denen ersichtlich wird, dass auf der Demokratieebene starke Eingriffe stattfinden.

Ergänzt wird, dass ein für uns ungewollter Krieg gestartet wird mit entsprechenden sozialen Auswirkungen, die sich durch die Maßnahmen der Regierung ergeben und nach dem Motto „wir müssen so handeln“ verbrämt. Die Rüstungsindustrie ist der eigentliche Gewinner, aber Verlierer sind die soziale Struktur und die Umwelt. Seit 1990 ist unsere Primärverteilung gesunken und sinkt weiter. Die Lohnforderungen in den letzten Jahrzehnten waren zu gering. Deshalb werden die Streiks der Gewerkschaften, die die richtigen Lohnforderungen stellen, positiv bewertet.

In Deutschland gibt es, im Gegensatz zu anderen Ländern, ein eingeschränktes Streikrecht, begrenzt auf tariffähige Forderungen. 80.000 neue Mitglieder, hauptsächlich junge Leute, sind Verdi in drei Monaten beigetreten.

Bislang gehörten 40-50 % zur unteren Schicht, mittlerweile sind es 70 %, Tendenz weiter **sinkend**.

Die Idee der Streikwelle kam von den Gewerkschaftsmitgliedern und weniger von deren Führungskräften. Die Mitglieder haben sich mobilisiert, aber auch die Bevölkerung mobilisiert sich gegen den Krieg (Friedensbewegung). Innerhalb der Gewerkschaften gibt es jedoch unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich des Krieges.

Zum 1. Mai ist eine Unterschriftenaktion geplant: Gewerkschafter sagen nein zum Krieg, nein zum Krieg gegen den Sozialstaat, nein zur Sanktionspolitik, nein zur Wirtschaftspolitik. Wer soziale Gerechtigkeit will, muss den Frieden erkämpfen!

Die Friedensbewegung und die Gewerkschaften sollten sich zusammenschließen und nicht die Lohnfrage, sondern die Systemfrage in den Mittelpunkt stellen. Denn die Frage des Krieges, die sozialen Verwerfungen, die Inflation sind alles systembedingte Fragen. Außerdem sorgen höhere Löhne für steigende Preise, eine Endlosspirale. Das System muss geändert werden.

Über die derzeitige Medienberichterstattung kann man nur den Kopf schütteln.

Fazit:

- Die Zusammenhänge der Gewerkschaftsführung, Einmalzahlungen, die derzeitigen Verhältnisse und auch die geschichtlichen Ereignisse müssten durchleuchtet werden.
- Arbeitskämpfe müssen aktiv unterstützt werden. Die soziale Frage und Friedensfrage sind äußerst wichtig.
- Wir müssen uns einschalten in die sozialen Auseinandersetzungen wie z.B. bei Krankenhausschließungen.
- Eine Systemänderung ist erforderlich. Systemwechsel?

TOP 4: Wahl eines neuen Orga-Teams für die VNK

Das Wort ergreifen 8 Teilnehmer.

Das bisherige Orga-Team, einschließlich Redaktions-Team, hat auf der 26. Tagung der VNK seinen Rücktritt erklärt. Dies bedeute aber nicht den Rückzug aus **aufstehen**, sondern nur, dass ein Wechsel der Teammitglieder an der Zeit ist, um der VNK neuen Schwung zu geben, neue Ideen auszuprobieren und sich selbst neuen Aufgabenfeldern innerhalb von **aufstehen** zuzuwenden. Empfehlungen für die Neubesetzung habe das "alte" Orga-Team nicht geben wollen, aber auch nicht ausgeschlossen, dass sich auch Mitglieder aus dem bisherigen Team bewerben.

Zur Wahl stellen sich: Dominik H., Achim St., Guido N. und Hajo H.

Es folgt eine kurze Vorstellungsrunde. Dominik H. nimmt Bezug auf die erfolgreiche Arbeit der Ortsgruppe Dietz-Limburg und will sich insbesondere um die Werbung neuer Mitglieder kümmern, denn eine breite Basis ist die Voraussetzung dafür, dass **aufstehen** wirkungsvolle Aktionen durchführen kann und in der Öffentlichkeit deutlich wahrgenommen wird. Achim St. sieht für das Thema Demokratie noch längst nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft; dazu hat er eine Liste mit Vorschlägen vorgelegt. Er betont, dass dem Thema Überwachungsstaat bislang zu wenig Bedeutung beigemessen wurde. Guido H. führt aus, dass **aufstehen** unter den heutigen gesellschaftlichen und sozialpolitischen Verhältnissen dringend notwendig ist und als eine Bewegung konsequent "von unten", die auf ein sehr breites Bündnis setzt, weiterentwickelt werden muss. "Ich bin voller Hoffnung, dass uns dies gelingen kann." Hajo H. betont die Notwendigkeit der "Quervernetzung", die nur von der Vernetzungskonferenz geleistet werden kann. Seine positiven Erfahrungen mit entsprechenden Aktionen in letzter Zeit und ein merkbarer Mitgliederzuwachs machen ihm Mut.

Bei Sandra B. und Peter S. wird nachgefragt, inwieweit sie sich mit ihrem organisatorischen und technischen Knowhow in das neue Orga-Team einbringen können/wollen. Beide erklären sich bereit, Hilfestellungen zu geben; als regelrechte Mitglieder des neuen Orga-Teams stehen sie aber nicht zur Verfügung.

Andreas B.-W. trägt seine Bedenken zu Dominiks Kandidatur vor. Uta S. hat einige Anmerkungen zu Achim St. Der Kandidatur der vier Bewerber wird, bei einer Gegenstimme, zugestimmt.

Der Vorschlag, für das Orga-Team eine ungerade Zahl von Mitgliedern vorzusehen, um Patt-Situationen zu vermeiden, wird von allen gebilligt. Es soll also um mindestens einen weiteren Kandidaten - möglichst eine Kandidatin! - geworben werden.

Beschluss: "Das Orga-Team hat bis zu 7 Mitglieder".

einstimmig

Diskutiert wird, ob die Kandidaten als Gruppe oder einzeln gewählt werden sollen.
(Die Idee, eine geheime Wahl durchzuführen, wird wegen der technischen Schwierigkeiten - Videokonferenz - verworfen.)

Beschluss:

Für eine Gruppenwahl stimmen	16 Mitglieder.
Für eine Einzelwahl stimmen	5 Mitglieder.
Enthaltung	1 Mitglied

Die Liste wird folgendermaßen abgestimmt:

Beschluss:

Für die Viererliste (mit der Option, sie in absehbarer Zeit auf bis zu 7 Mitglieder aufzustocken:
16 Ja - 1 Nein - 2 Enthaltungen (ein Teilnehmer stimmte nicht mit.)

TOP 5: entfällt, weil kein Mitglied des Basisrates anwesend ist)

TOP 6: Sonstiges